

EXTRA: Offener Brief der Opfer-Angehörigen stößt auf Resonanz

Politik gibt Eltern Antwort

Parteien bereiten Brief vor

Berlin/Stuttgart (no/dpa). Die Koalitionsparteien wollen nach dem Amoklauf von Winnenden die Forderungen von Opferfamilien nach umfassenden Konsequenzen aufgreifen. Der Parlamentarische Geschäftsführer der Unionsfraktion im Bundestag, Norbert Röttgen (CDU), berichtete gestern in Berlin von einer entsprechenden Vereinbarung mit dem Koalitionspartner SPD.

In dem am vergangenen Samstag in unseren Zeitungen veröffentlichten offenen Brief hatten die Familien von fünf der bei dem Amoklauf getöteten Schüler Konsequenzen aus der Tat gefordert. Das Schreiben der Eltern und Geschwister war an Bundespräsident Horst Köhler, Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) und Baden-Württembergs Ministerpräsident Günther Oettinger (CDU) gerichtet. „Wir wollen diesen Brief nicht nur als emotionale Meinungsäußerung sehen“, sagte Röttgen. Das am Tag der Trauerfeier in Winnenden veröffentlichte Schreiben verdiente es, in jeder Hinsicht von der Politik ernst genommen zu werden. Geprüft werden solle, was von den Vorschlägen berücksichtigt und unter Umständen in Gesetzesvorhaben einfließen könne. Die Fraktionen im Bundestag wollen heute eine gemeinsame Erklärung abgeben. Mit den beiden Waiblinger Abgeordneten Dr. Joachim Pfeiffer (CDU) und Hermann Scheer (SPD) werde die Antwort abgestimmt, heißt es dazu aus der SPD-Zentrale.

„Alle Punkte sorgfältig prüfen“

Scheer ist auf Auslandsreise. Pfeiffer hat „allergrößten Respekt vor dem, wie die Eltern emotional wie auch in der Sache reagierten“, so seine Stellungnahme gestern gegenüber dieser Zeitung. „Wir werden alle Punkte sorgfältig prüfen“, versprach er, wobei es keine „vorschnelle und auch keine abschließende Antwort“ geben könne. Er selbst will sich für die Beschränkung von großkalibrigen Waffen einsetzen – beim Alter wie bei der Verwendung etwa in Schützenvereinen. Beim Umgang mit den Killerspielen ist er auf der Linie des Bundespräsidenten. Aber auch da helfe nicht nur eine gesetzliche Vorgabe, die gesellschaftliche Achtung müsse hinzukommen.

Und was die Verstärker-Rolle der Medien angeht, so sei es vor allem deren Aufgabe, einen Verhaltens-Kodex aufzustellen. Pfeiffer selbst hat das Vorgehen der Kamerateams und der Zeugenbefragter als „teils widerwärtig“ empfunden. Er fragt sich, ob hier das öffentliche Interesse wirklich gerechtfertigt sei, ohne gleich einer Zensur das Wort reden zu wollen. Es müsse zu denken geben, wenn die potenziellen Amokläufer sich im Vorhinein als Medienereignis inszenieren.

„Der offene Brief der Eltern ist mehr als eine Meinungsäußerung“, nimmt der Waiblinger FDP-Bundestagsabgeordnete Hartfried Wolff Stellung. Die FDP-Fraktion werde sich mit diesen Themen, die dort angesprochen werden, konkret auseinandersetzen und sie intensiv prüfen. „Gewaltprävention, Erziehung, auch gesellschaftliche Themen spielen eine mindestens ebenso wichtige Rolle wie die rein rechtliche Seite.“ Das beste Gesetz nütze nicht, wenn es nicht beachtet wird. Deshalb sei hier besonders die Frage des Vollzugs wichtig. Ministerpräsident Günther Oettinger, einer der Adressaten des Briefes, kündigte an, eine Arbeitsgruppe einsetzen zu wollen, um Konsequenzen aus der Tragödie ziehen zu können. Der Brief sei sehr sachlich und stelle genau die Fragen, „die wir uns auch stellen“, so Oettinger im Anschluss an eine Kabinettsitzung. Zu prüfen sei nicht nur, inwieweit das Waffenrecht deutlich restriktiver als bisher gehandhabt werden müsse, auch gelte es zu klären, ob der Jugendschutz im Bereich der Medien weiter verbessert werden müsse.

Treffen mit den Angehörigen?

Der SPD-Innenpolitiker Dieter Wiefelspütz regt im *Kölner Stadt-Anzeiger* ein Treffen mit den Autoren des Briefes an. „Wir schulden es den Eltern und der Öffentlichkeit, dass wir uns damit auseinandersetzen“, sagte er. „Wir sollten noch einmal jeden Stein umdrehen – nicht nur im Bereich des Waffenrechts, sondern auch im Bereich Internet und Videospiele.“

Die Grünen forderten in einem Antrag an den Bundestag unter anderem, die Aufbewahrung von Schusswaffen und Munition in Privatwohnungen von Sportschützen sowie die Zulassung von Waffen wie der Neun-Millimeter-Beretta als Sportwaffen zu verbieten. Fraktionschefin Renate Künast sagte, wenn man zehn Waffen zu Hause habe, treffe das Wort „Sport“ nicht zu.

„Großkaliber ist Wildwest“

Landesjustizminister Goll will die Forderungen der Eltern von fünf Opfern des Amoklaufs prüfen und teils unterstützen

Von unserem Redaktionsmitglied Nils Graefe

Stuttgart/Winnenden. Großkaliber-Waffen im Schießsport bräuchte es nicht, wenn es nach ihm ginge, sagt Justizminister Ulrich Goll. „Das ist Wildwest. Mit Sport hat das wenig zu tun.“ Auch die anderen Forderungen der Eltern von Opfern des Amoklaufs werde er analysieren und an einer möglichen Umsetzung konstruktiv mitwirken. „Es kann aber keine große gesetzgeberische Aktion geben, und der Fisch ist gegessen.“ Alles zu verbieten, sei kaum machbar und nicht wirkungsvoll.

Eltern von fünf Opfern des Amoklaufs vom 11. März hatten in einem Offenen Brief in dieser Zeitung am 21. März die Bundeskanzlerin, den Bundespräsidenten und den Ministerpräsidenten aufgefordert, Konsequenzen aus dem Amoklauf zu ziehen. „Wir wollen, dass sich etwas ändert in dieser Gesellschaft, und wir wollen mithelfen, damit es kein zweites Winnenden mehr geben kann.“ Im Brief nannten die Eltern konkrete Punkte, wie eine solche Veränderung verlaufen könnte:

Schusswaffen und Sport

„Wir wollen, dass der Zugang junger Menschen zu Waffen eingeschränkt wird...“, und: „Grundsätzlich muss die Frage erlaubt sein, ob der Schießsport nicht gänzlich auf großkalibrige Waffen verzichtet kann.“

Das seien „berechtigte Anliegen“, sagte Goll bei einem Interview am Dienstag im Justizministerium am Schillerplatz in Stuttgart. „Es lohnt sich hier, alles auf den Prüfstand zu stellen.“ Er werde jedwede Initiative, die darauf abziele, den Schießsport auf den sportlichen Wettbewerb zu konzentrieren, unterstützen. „Großkaliber braucht’s wirklich nicht.“

Der 17-jährige Täter von Winnenden und Wendlingen müsse jedenfalls „ein geübter Schütze“ gewesen sein, um mit so einer schweren Waffe, der Beretta des Vaters, umzugehen. Wobei manche Fragen noch offen seien, zum Beispiel die nach den „Übungsarten“ des Täters sowie die nach der Herkunft der Munition, die bei der Tat verwendet wurde. Hier seien die Ermittlungen noch voll im Gange. Auf jeden Fall müsse man auch darüber diskutieren, die Altersgrenzen für den Waffengebrauch im Schießsport anzuheben, so Goll. Im Moment gelten: zwölf Jahre fürs Schießen mit Kleinkaliber- und Luftdruckwaffen sowie 14 Jahre fürs Schießen mit Großkaliber, jeweils unter Aufsicht. Die Altersgrenze für den Privatbesitz von großkalibrigen Waffen war für Sportschützen bereits nach dem Amoklauf von Erfurt 2002 von 18 auf 21 Jahre angehoben worden.

Medien: Fernsehen

„Eine Gewaltquote, der Anteil von Sendun-

gen mit Gewalt in Relation zur Gesamtseendezeit pro Sender sollte eingeführt werden.“

„Es ist schon nach Erfurt 2002 darüber diskutiert worden, den Paragrafen 131 des Strafgesetzbuches (gewaltverherrlichende Darstellungen) zu verschärfen. Wir können dies wieder tun und möglicherweise auch umsetzen. Die Frage ist nur, ob es zielführend wäre“, sagte Goll. Was ist Gewalt? Wo fängt Gewalt an? Es gebe Karl-May-Filme, da würden in den ersten zehn Minuten neun Leute erschossen. In Homers Ilias wird das Gemetzel bei der Schlacht um Troja seitenlang beschrieben – ganz zu schweigen von der Gewalt in anderen klassischen Werken der Weltliteratur. In Krimis geht’s häufig um Mord und Totschlag. Und was ist mit historischen Dokumentationen zum Beispiel über die Nazi-Zeit? – fragt Goll.

„Vor diesem Hintergrund halte ich eine gesetzlich verordnete Gewaltquote für unmöglich.“ Die Eltern, die Gesellschaft müssten in ihrem Konsumverhalten und in ihrer Werte-Erziehung hier gegensteuern.

Medien: Computerspiele

„Wir wollen, dass Killerspiele verboten werden.“

Wegen ihm könnten die verboten werden, so Goll. Jedoch würde dann wohl der Schwarzmarkt aufblühen, im Zeitalter des Internets mit Servern im Ausland bleibt der Zugang zu solchen Spielen erhalten, und: Die Ahndung von Verstößen würde sich vom Strafmaß her wohl im Bereich der Kavaliersdelikte bewegen. „Bei Kinderpornografie können Sie mit dem Opferschutz argumentieren, und dass tatsächlich jemand, Kinder, zu schwerem Schaden kommt.“ Welcher juristisch messbare Schaden entsteht hingegen durch virtuelle Gewalt im Computer? – so die rhetorische Frage Golls.

„Auch hier müssen wir, wie beim Fernsehen, einen anderen Umgang finden. Die Kinder und Jugendlichen anders beschäftigen mit positiven Inhalten. Ganztagschulen seien hier sicherlich ein Thema, das man noch intensiver betrachten müsse. Sein ältester Sohn (12) sei auf dem Internat und dort gebe es halt kein Abhängen vor der Playstation, sondern einen regulierten Tagesablauf. „Und zu Hause muss man darauf achten, was die Kinder am Computer machen.“ Das gelte insbesondere auch in Bezug auf Chatrooms und Foren.

Medien: Chatrooms und Foren

„Wir wollen mehr Jugendschutz im Internet.“

Justizminister Goll hat fünf heranwachsende Kinder. Keines habe einen eigenen Computer auf seinem Zimmer im Haus in Waiblingen. Und seine Frau sei da ganz genau hinterher, wenn die Kinder auf ihrem PC mal zugange seien. „Die sagt den Kindern klipp und klar: Ich überprüfe, auf welchen Internetseiten ihr war.“ Und von Foren wie Schüler-VZ „raten wir unseren Kindern grundsätzlich ab. Wir erklären ihnen, dass das Internet komplett öffentlich ist, was da einmal reingestellt wurde, ist praktisch ewig wieder abrufbar. Seid vorsichtig.“ Noch mehr gesetzgeberisch ins In-



Die Eltern der Opfer hätten berechtigte Anliegen vorgebracht, so Ulrich Goll. Bild: Habermann

ternet-Geschehen einzugreifen, sei aufgrund des globalen Charakters des World Wide Web nicht durchführbar. Diesbezüglich sei er wenig optimistisch, so Goll.

Berichte über Gewalttaten

„Wir wollen, dass der Name des Amokläufers nicht mehr genannt und seine Bilder

nicht mehr gezeigt werden. (...) Eine Heroisierung des Täters ist die Folge.“

Laut Goll stünden einem Eingriff ins Mediengedörs das Recht auf freie Berichterstattung und das Bedürfnis der Öffentlichkeit nach Informationen entgegen. Unmoralisches Verhalten mancher Pressevertreter zu geißeln, sei Sache des Deutschen Presserats. Für eine konstruktive Diskussion mit diesem sei er offen, sagte Goll.

Leserbriefe

Vernachlässigte Werte

Als Familienvater von drei Kindern möchte ich mich auf diesem Wege mitteilen. Vereine, egal welche, sind sehr wichtig für Jugendliche und erfüllen eine Aufgabe, wie Kameradschaft, Geborgenheit, ernst genommen zu werden und immer ein offenes Ohr zu haben. Werte, die von Lehrern an



Kerzen in Winnenden.

Bild: Pavlovič

der Schule oder im Elternhaus oft vernachlässigt werden. Internet, Fernsehen und andere Medien führen bei vielen Jugendlichen dazu, ihre Freizeit nicht immer sinnvoll zu gestalten.

Auch die Glaubwürdigkeit unserer Politiker in unserem Land sind für Jugendliche oft ein großes Problem. Unsere Gesellschaft ist viel zu viel auf Erfolg ausgelegt, bei der viele Jugendliche auf der Strecke bleiben und sich dagegen wehren.

Joachim Ebmeier, Hölderlinweg 21, Plüderhausen

Die Liebe Gottes

Warum dürfen alle „Warum“-Fragen an Gott richten? Er ist unser Schöpfer, auch unser Vater. Er hat zugesagt, dass er jedem Menschen antworten will, so, wie er das erkennen kann.

Bei Jerem. 33,3 steht: „Rufe mich an, so will ich dir antworten.“ Hat Gott nicht auch Fragen an uns Menschen? Warum beachtest du meine Gebote nicht? „Deinen Mund lässtest du Böses reden und deine Zunge treibt Falschheit - Das tust du und ich schweige, da meinst du, ich sei wie du. Aber ich will dich zurecht weisen und es dir vor Augen stellen. Ps. 50,19-21. Noch vieles mehr kann Gott uns vorhalten.“

Wenn wir nach Gottes Geboten handeln, wird Gottes Segen darauf liegen: „Gesegnet wirst du sein in der Stadt, gesegnet wirst du sein auf dem Acker. Mose 28,3-8. Wie kann ein junger Mann seinen Weg unsträflich gehen, wenn er sich hält an Gottes Worte. Ps. 119,9. Weil wir Menschen uns nicht gerne etwas sagen lassen, auch nicht von Gott, sind wir unseren Begierden und Mächten ausgesetzt, die wir nicht mehr beherrschen können.“

Gott will nicht den Tod des Schuldigen, dazu hat er Jesus gesandt. Jesus hat alle unsere Schuld auf sich genommen und gebüßt. Wer diese Liebe Gottes annimmt, wird ein neuer Mensch, wenn sein Leben noch so hoffnungslos erscheint. Gott kann aus den Trümmern unseres Lebens etwas Neues schaffen, auch neue Wege aufzeigen. Gott will uns trösten, wie einen seine Mutter tröstet. Jes. 66.13. Eleonore Schmidt, Bühlackerstraße 97, Kernen

Appelle reichen nicht

Zum Aufruf unseres Bundespräsidenten in Winnenden, „Nein zu sagen zu Dingen, die man für schlecht hält“, gehört leider der Zusatz „auch, wenn sie nicht verboten sind“. Aber: Kinderpornografie und Drogen (Anbau im eigenen Garten oder auf dem Balkon, Besitz und Vertrieb) sind verboten. Nötig sind solche Verbote für die Glieder unserer Gesellschaft, die das „Nein“ aus eigener Kraft nicht sagen können. Verboten durch unseren Staat und gelegentliche Mitteilungen, dass Hersteller und Vertreter dagegen verstoßen haben, erhalten das Bewusstsein in der Bevölkerung. Das ist schlecht!

Moralische Appelle allein erreichen viele Menschen nicht. Darum stimme ich dem „Offenen Brief“ der betroffenen Eltern zu: „Verbieten“, auch wenn die Durchsetzung der Verbote oft nicht gelingt. Killerspiele und dergleichen sind dann immerhin geächtet und der geistig-seelischen Verwahrlosung ist gewehrt, da auch schwache Eltern dann ihren Heranwachsenden wenigstens das sagen können: „Es ist aber verboten!“ Siegfried Pfeleiderer, Wilhelm-Maybach-Straße 58, Schorndorf

Killerspiele verbannt

Pianist will Beispiel geben

Offenburg (dpa).

Der chinesische Pianist Lang Lang hat nach dem Amoklauf in Winnenden alle Killerspiele von seiner Playstation verbannt. „Ich will bei mir selbst ansetzen und ein gutes Beispiel geben“, sagte der 26-Jährige in Offenburg. „Der Amoklauf hat mich derart geschockt, dass ich nicht zur Tagesordnung übergehen möchte.“ Er habe sich in der Vergangenheit mit Killerspielen die Zeit vertrieben und sich abgelenkt. „Diese Gedankenlosigkeit können wir uns nach diesem Amoklauf nicht mehr leisten.“ Er nutze nun andere Spiele. „Spaß habe ich trotzdem.“ Lang Lang ist zurzeit auf Deutschland-Tournee mit Stationen in Baden-Baden und Stuttgart.

Kompakt

PC-Spiele-Wettbewerb abgesagt

Stuttgart (dpa).

Die Stadt Stuttgart hat angesichts des Amoklaufs von Winnenden einen Computerspiele-Wettbewerb an diesem Freitag abgesagt. In der Liederhalle sollten Teams in der bundesweiten Liga für Computerspiele gegeneinander antreten und dabei unter anderem das als Killerspiel kritisierte „Counter Strike“ spielen.